

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Rijsa
Hermann Nr. 92
Sofia Nr. 22

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Stoßendain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rijsa, des Rates der Stadt Rijsa,
des Finanzamts Rijsa und des Hauptpostamts Rijsa bestimmes Blatt.

Postkasson
Dresden 1599.
Einzelnum
Rijsa Nr. 22

Nr. 90.

Mittwoch, 16. April 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckte und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erwirkt, wenn der Betrag ver付t, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rijsa. Achtstündige Anzeigungsverträge — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rijsa. Geschäftsstelle: Gertrudenstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rijsa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rijsa.

Steuer- und Agrargesetze vom Reichspräsidenten vollzogen.

Berlin. (Telunion.) Der Reichspräsident hat am Dienstag nachmittag die vom Reichsrat verabschiedeten Steuer- und Agrargesetze durch seine Unterschrift vollzogen.

Nach der Krise.

an. Es ist nicht weniger, daß wir seit mehr als zwei Wochen in einer akuten Krise lebten. Sie ist nach den Abkündigungen im Reichstag am Montag überwunden. Die Regierung, die freilich auch, wenn der Reichstag aufgelöst worden wäre, im Amte geblieben wäre, kann sich nunmehr aber ihren Arbeiten mit neuer Kraft zuwenden. Ihre anfängliche überwartete Einteilung hat sich hart nach der parteipolitischen ersten Seite verschoben. Man behauptet nicht falsch, wenn man sagt, daß die Regierung von Schiele beeinflusst, vielleicht sogar geführt wird. Leider wird sich auch weiterhin, infolge der Abhängigkeit der Regierung von einzelnen Stimmen, ihre Abhängigkeit von der linken Partei bemerkbar machen.

Buntheit geht die Hälfte der Regierung in die Ofterferien, der Reichsanwalt vor allem, der es verdient hat, denn unbedeutend liegen schwere Tage hinter ihm, an erster Stelle. Nach den Ofterferien liegt der Regierung die Verpflichtung ob, den Staat zu vertreten. Nach immer ist der Staat, der nur in Fruchtbaren bekannt geworden war, mit neuen Siedeln verflochten. Wie wir hören, sollen noch erhebliche Veränderungen auf der Ausgabe- und Einnahmeseite des Staats vorgenommen werden. Vor allem müssen die jetzt bewilligten Steuern auf die Einnahmeseite verlegt werden. Damit dürfte das Defizit, das bisher vorhanden war, abgedeckt sein und zum ersten Male ein Etat erscheinen, der tatsächlich ausbalanciert ist. Auf der anderen Seite werden sich die Regierung nach Deckung für die erweiterte Oskulte zu suchen, die sich, nach den neuen Mitteilungen auf 50 Millionen im Jahr, auf länger als einem Jahrzehnt erstrecken soll.

Wie die Regierung den dadurch eintretenden Festbetrag ausgleichen will, ist noch ungewiß. Es ist möglich, daß die etwa 150 Millionen, die die Agrarsubvention als Neben- einnahme bringen sollen, und die noch keine andere Verrechnung gefunden haben, zu Gunsten dieser Nothilfe verwendet werden. Jedenfalls wird die Regierung auch nach dem Fest dem Reichstage gegenüber einen schweren Stand haben und um jede Woktion hart kämpfen müssen, denn die Opposition denkt nicht daran, ihr die Arbeit leicht zu machen.

Dagegen wird damit gerechnet, daß die kleinen Regierungsparteien ihre bevorzugte Stellung benutzen, um Sonderwünsche durchzusetzen. Wenn auch in Regierungsfreien das Gerücht erbt, Brüning hätte in der ersten Schlicht der Reichstages Wünschen nachgegeben, wolle fortan aber die Führung kraft in den Händen behalten und sich Sonderwünschen nicht ohne weiteres beugen, so wird andererseits wiederum angenommen, daß er erkräftigt mit den kleinen Parteien partieren muß, da er nicht mehr mit dem Artikel 48 und mit der Auflösung des Reichstages drohen könne. Seine Vollmacht zur Reichstagsauflösung galt nur für die Finanzsanierung. Sie würde ihm nicht für die Staatsberatung gegeben werden.

Nicht ohne Interesse ist es, die parteipolitischen Ansichten zu beachten, die nach dem schweren Reichstagskampf zur Geltung kamen. Daß die Sozialdemokraten auf eine Auflösung des Reichstages hinarbeiteten, darf nicht übersehen werden, weil sie einmal genug Mittel zur Neuwahl haben und vielleicht die SPD, die einzige Partei ist, die ohne Überlegung einen Wahlkampf riskieren konnte. Ihre Ansichten waren nicht besonders günstig. Sie sah aber in einer Neugehaltung die einzige Möglichkeit, wieder an die Regierung zu kommen. Die anderen Oppositionsparteien: Nationalsozialisten und Kommunisten erwarteten von Neuwahlen einen großen Erfolg. Daß die Demokraten die Neuwahl fürchten mußten, gab es selbst zu. Und die übrigen bürgerlichen Parteien hielten sich bedingungslos hinter die Regierung, wie man hört, weil schon seit langem eine Rechtsorientierung geplant und vorbereitet war. Jedenfalls werden jetzt einzelne Wahlen des Kampfes hinter den Kulissen bekannt, Bemühungen, die Sozialdemokraten aus der Regierung zu drängen und zu einer Rechtsmehrheit zu kommen. Die Verhältnisse hätten sich sicherlich ruhiger gestaltet und die Umwertung besser vollzogen, wenn nicht die Gruppe um Eugen Degen so hart geblieben wäre und auch der neuen Regierung den Kampf angelegt hätte. Was aus den internen Verhandlungen hinter den Kulissen jetzt bekannt wird, verlangt große Aufmerksamkeit.

Reichswirtschaftsgerichtspräsident Dr. Lukas gestorben.

* Berlin. Kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres ist der Präsident des Reichswirtschaftsgerichts und Vorsitzender des Kartellgerichts, Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Georg Lukas gestorben.

Das Finanz- und Agrarprogramm auch vom Reichsrat verabschiedet.

ada. Berlin. Der Reichsrat beschloß am Dienstag abend unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer mit den am Montag vom Reichstag verabschiedeten Steuer-, Finanz- und Agrargesetzen. Dazu gehört auch das Gesetz über Vorbereitung der Finanzreform. Der Reichstag hat in Art. 1 dieses Gesetzes, der sich auf die Arbeitslosenversicherung bezieht, harte Forderungen vorgenommen. Er hat die Beiträge auf 3/4 Prozent der Löhne und Gehälter und den Reichsausschuh für 1930 auf 150 Mark festgesetzt. Am Reichsausschuh hat Preußen seine Bedenken gegen diese neue Regelung nur deshalb zurückgestellt, weil auch so ein Gleichgewicht für die Arbeitslosenversicherung hergestellt ist und weil es sich um ein einfaches Gesetz handelt, das, wenn es notwendig wird, auch durch ein Initiativgesetz des Reichsrats wieder abgeändert werden kann. Preußen hat deshalb auf die Erhebung des Einspruchs verzichtet. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erwähnte dazu, daß ja auch der Reichstag eine Entscheidung angenommen habe, die die Regierung umwage, ein Gesetz vorzulegen, durch das die Frage geklärt wird, was zu geschehen habe, wenn die Mittel der Arbeitslosenversicherung nicht ausreichen.

Gegen die Stimme der Provinz Niederschlesien und bei Stimmhaltung des Landes Thüringen nahm der Reichsrat die Annahme des Agrar- und Finanzprogramms durch den Reichstag zur Kenntnis, ohne gegen die neuen Gesetze Einspruch zu erheben. Der Reichsfinanzminister dankte dem Reichsrat für seine schnelle und gute Arbeit und teilte mit, daß die Gesetze noch heute vom Reichspräsidenten unterzeichnet und wahrscheinlich noch am Mittwoch früh veröffentlicht werden.

Moldenhauers Schlussswort.

Nach der endgültigen Annahme sämtlicher Gesetze schloß Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer die Sitzung mit folgender Ansprache: Damit ist auch seitens des Reichsrats gegen die sämtlichen Gesetze, die gestern vom Reichstag in dritter Lesung angenommen worden sind, nämlich das Agrar-Gesetz und die Deckungs-Vorlagen, Einspruch nicht erhoben. Die Gesetze werden noch heute vom Reichspräsidenten unterzeichnet werden, und ich nehme an, daß sie morgen früh veröffentlicht werden. Damit ist ein großes Gesetzgebungsstück abgeschlossen, das die Aufgabe hat, einmal die Rentabilität in der Landwirtschaft wiederherzustellen und die Gefahren abzuwenden, die aus der heutigen Welt-Agrar-Krise drohen, und zweitens die Rasse zu sanieren und den Staat auszugleichen. Auf Grund dieser Gesetze wird es möglich sein, zusammen mit der Kreuzer- Leihe und den Ersparnissen die schwedische Schuld im Laufe des Jahres so zu tilgen, daß keine Kreditverpflichtungen, unter denen wir im vergangenen Jahre zu leiden hatten, nicht wiederkehren. Es wird ferner möglich sein, wenn der Etat so verabschiedet wird, wie wir ihn vorgelegt haben, und im Reichstag keine außerordentlichen Verhältnisse eintreten, die Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen, sodaß wir nicht, wie im vergangenen Jahre mit einem großen Defizit zu rechnen haben. Und das wird zur Festigung der Finanzen und zur Stärkung des Kredit des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft beitragen. Es wird möglich sein — das ist in dem Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform als fester Wille ausgesprochen —, diese Rassenanierung dann im nächsten Staatsjahr zu jener Laken- und Steuerentlastung zu benutzen, auf die die deutsche Wirtschaft rechnen muß, wenn wir die schweren Laken tragen sollen, die wir nach außen übernommen haben, und wenn die deutsche Wirtschaft mit der ausländischen Wettbewerbsfähig bleiben soll. Ich hoffe, daß das große Werk, das jetzt zustandekommt ist — so verschieden man es auch in einzelnen beurteilen mag —, dem gelamten deutschen Volk zu Nutzen und Heil dient.

Blutige Zusammenstöße in Kalkutta.

* London. (Telunion.) Im Laufe des vom indischen Nationalkongress wegen der Beurteilung von Pandit Nehru und des Bürgermeisters von Kalkutta angeordneten Trauertages ist es am Dienstag in Kalkutta zu sehr ersten Unruhen gekommen. Die Menge versuchte in verschiedenen Teilen der Stadt den Verkehr zu unterbinden und schloß sich gegen die Polizei mit Steinwürfen zur Wehr. Die Straßenbahnleitungen wurden durchschnitten, zwei Straßenbahnwagen in Brand gesteckt und drei weitere zerstört. Feuerwehrleute, die das Feuer löschen wollten, wurden mit Steinwürfen empfangen. Ein Polizist, der einem bedrohten Kameraden zu Hilfe eilen wollte, feuerte auf die Menge. Eine Engländerin, die sich trotz der polizeilichen Warnungen auf einem Motorrad den Weg durch die Menge erzwingen wollte, wurde heruntergerissen und mit Steinwürfen derart zugerichtet, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ihr Motorrad wurde völlig zer-

Das Inkrafttreten der neuen Steuer- und Agrargesetze.

ada. Berlin. Das Inkrafttreten der neuen Steuer- und Agrargesetze, die am Montag vom Reichstag angenommen sind, ist nicht einheitlich auf einen bestimmten Tag abgestellt, sondern in den einzelnen Gesetzen ganz verschieden bestimmt. Von dem Gesetz über Sozialänderungen treten die Bestimmungen in Art. III über die Mineralölsteuer am 1. Mai 1930 in Kraft, in Art. V die Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft am achten auf die Verfündung folgenden Tage mit Ausnahme der Vorschriften in Art. 30 der Anlagen zu IV. Diese Vorschriften über die Zollfreiheit der Weizenkleie tritt mit Rückwirkung vom 29. März 1930 in Kraft. — Im übrigen tritt das Gesetz über Sozialänderungen, also die Bestimmungen über den Benzin- und Benzolöl am 18. April 1930 in Kraft. — Das Gesetz zur Herabsetzung des Tabak- und des Zuckersteuergesetzes tritt am 1. Mai 1930 in Kraft. Das Gesetz zur Herabsetzung des Viehsteuer-Gesetzes tritt am 1. Mai 1930 in Kraft; dagegen treten die in diesem Gesetz zugleich enthaltenen neuen Umsatzerlöse mit Wirkung vom 1. April 1930 in Kraft.

Das Gesetz zur Herabsetzung des Gesetzes über das Branntweinmonopol tritt am 20. Mai 1930, das Mineralwassersteuergesetz am 18. Mai 1930 in Kraft. — Das Gesetz über die Erhebung der Aufbringungsumlage für das Rechnungsjahr 1930 tritt mit dem im Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 vorgezeichneten Ingangsetreten des neuen Wlans in Kraft.

Das Gesetz über die weitere Dinausschließung der Bindung der Länder und Gemeinden an die nach dem Reichsbewertungsgesetz festgestellten Einheitswerte tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1930 in Kraft. — Von dem Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform treten die Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung am 1. Juli 1930, die übrigen Bestimmungen (Sparmaßnahmen und Steuerentlastung) mit dem auf die Verfündung folgenden Tage in Kraft.

Die polnische Presse

über das deutsche Agrarprogramm.

* Warschau. Das Rotprogramm zur Rettung der schwer leidenden deutschen Landwirtschaft ist für die polnische Presse ein willkommenes Geschenk, wieder einmal nach einer vorübergehenden Zurückhaltung in gewohnter Weise gegen Deutschland insbesondere gegen den „preußischen kämpfenden Nationalismus“ mit Beschuldigungen und Beschimpfungen aller Art loszulassen. So wird das deutsche Agrarprogramm mit dem deutsch-polnischen Handelsvertrag in Zusammenhang gebracht und behauptet, die Reichsregierung habe durch ihr Agrarprogramm ihren höchsten Willen gegenüber Polen namentlich in Bezug auf die Herstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bewiesen und habe auf diese Weise indirekt Polen die Ratifizierung des Handelsvertrages unmöglich gemacht. Während die Regierungspresse sich lediglich in Beschuldigungen gegen die deutschen Nationalisten ergeht, versucht die Oppositionspresse diese Lathiade gegen die eigene Regierung auszunutzen.

Fährend, wie gewöhnlich, ist bei dieser Orbe das chauvinistische „ABC“, das u. a. die Feststellung macht, daß die landwirtschaftlichen Schutzölle in Deutschland die polnische Ausfuhr nach Deutschland völlig unterbänden und dadurch fast den deutsch-polnischen Handelsvertrag sunichte machten. ABC schließt seine Ausführungen mit der Ankündigung, daß Polen die Verträge mit Deutschland nicht ratifizieren werde.

hört. 18 Personen, darunter zwei Verwandte, sind verhaftet worden. Mehrere Aufständische sollen getötet worden sein. Nach Wiederherstellung der Ruhe blieb bewaffnete Polizei an den gefährdeten Stellen. Panzerkraftwagen fahren durch die Straßen.

In Bombay wurde infolge der Beurteilung von Pandit Nehru die Hefe für zwei weitere Tage geschlossen. In Ahmedabad hat der Gerichtshof am Dienstag nicht antwortet. Die Gemeindefschule sowie die Geschäfte der Dindus waren geschlossen. Die Baumwollspinnereien mußten wegen Fernbleibens der Arbeiter gesperrt werden. Als Protest gegen die Verweigerung der Anerkennung des auf indischen Universitäten erworbenen Doktorgrades haben die Drogisten und Apotheker in Kalkutta einen Boykott britischer Heilmittel beschlossen.

Das nach dem Unruhegebiet entsandte Mitglied der indischen Regierung ist nach Bombay zurückgekehrt, was in britisch-indischen Kreisen dahin ausgelegt wird, daß keine unmittelbaren Maßnahmen gegen Gandhi beabsichtigt sind.